

# Postfische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Postische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnehmer sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“, „Sonntag“, „Trierische Beilage“, „Kunst- und Literaturbeilage“, „Mittwoch: „Reise und Wanderschaft“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 1. Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen 2. Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Dr. Julius Eibau. Verantwortl. d. Gesamthalt: aut. Handelsl. v. v. Karl-Wolfgang Philipp, Berlin. Für Rückz. unvert. Manusk. ist Porto beizulegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Preisnachdruck Ullstein: Aut. Danksch. A 7. 3000—3665. Für den Zentralver. Aut. Danksch. 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

## Wahlkampf für die Demokratie

## Bulgarien hält durch

### Kanzlerrede in Köln

Reichskanzler Brüning hat gestern abend die Sitzung des Reichstages in Köln beendet. Er hat eine große programmatische Rede zu halten. Diese Rede enthält seine grundsätzliche Auffassung über die Bedeutung der Reichstagsarbeit, die über die Welt hinausgehen wird. Die Reichstagsarbeit ist die wichtigste Bedingung für die wirtschaftliche Erholung von allerhöchster Bedeutung für die unmittelbare Zukunft Europas ist. Diese Erholung wird durch wirtschaftliche Einwirkungen, sondern, wenn man zu einer dauernden Stabilisierung der europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse kommen will, dann ist eine politische Stabilisierung unbedingt und gleichzeitig notwendig. Wie sind der Ansicht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Krise nicht nur wirtschaftliche Umstände die Ursache sind, sondern, daß in dieser Krise auch die heutige politische Situation liegt. Diese Situation ist nur Europas, sondern der ganzen Welt in diesem Maße die Ursache.

„Diese Krise bringt nicht nur schwere wirtschaftliche, sondern soziale Umwälzungen, sondern auch die stärksten politischen Veränderungen in dem Welt. Denn sie ist die Schwermühseligkeit, die anzuerkennen und dann kommen sie zu der Aufgabe, die die deutsche Wirtschaftspolitik nur ein Auschnitt ist aus dem großen wirtschaftlichen Rahmen, der sich über die ganze Welt erstreckt. Das Schicksal, in dem wir stehen, ist, daß wir alles, was wir an Reformen auf dem Gebiete der Finanzen oder öffentlichen Angelegenheiten, auf dem Gebiete der Reform der Wirtschaft und der Verwaltung in den vergangenen Jahren aufgeschoben haben, im Augenblick der größten Tiefstände der Weltwirtschaft mit einem Male nachholen müssen.“

„Die deutsche Aufgabe ist, daß sie in dem Maße, in dem sie zu tun, macht nicht populär, aber es heißt, daß die Welt ist zu tun. Das ist die Aufgabe, die die deutsche Wirtschaftspolitik machen werden, daß wir strengste Sparmaßnahmen, verbunden mit materielle Opferwilligkeit, Deutschland aus seiner jetzigen Lage erretten können.“

Nach der Durchführung des Wahlprogramms ist es eine der ersten Aufgaben, durch Konfolidierung der öffentlichen Finanzen der Länder und Gemeinden, die aus früheren Zeit noch unerschütterlich fest verbleiben müssen, den Finanzhaushalt auf ein für Wirtschaft und Produktion erträgliches Niveau herabzuführen.

Wir brauchen Garantien, daß die angebotene Außenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in Zukunft aufrecht. Wir brauchen auf Jahre gültiges aber auch realistische Wahlprogramm, um die unruhige Steigerung der Posten zu beheben. Wir lassen sich ohne schwere allgemeine Schäden die Wohnungsfrage nicht lösen. Das Wahlprogramm aber ist die Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern. Man darf nicht länger davon zurückfahren an das Problem „Reich und Länder“ heranzugehen, zum mindesten in dem Sinne, daß Doppelarbeit und Überlast der Verwaltung beseitigt werde.“

Der Reichstag hat erfordern die Forderung nach einer Wahlrechtsreform. Zur Durchführung des Wahlrechts ist es notwendig, die politischen Verantwortlichen und wirtschaftlichen Kräfte in den vergangenen Monaten in hartem Kampfe.

Es begrüßt die beginnende Konfolidierung innerhalb des Gruppen, die bereit sind, innerhalb einer Partei den Ausgleich der verschiedenen materiellen Interessen im Reich herbeizuführen. Zum Wachen einer politischen Partei gehört es, einen Teil der Spannungen, die man einmal zwischen den verschiedenen Interessen bestehen, in sich selbst schon vorher anzunehmen, bevor die Parteien in Parlament beginnen. In der Reichstagsarbeit ist dies immer zu tun.

Das Parlament habe es selbst in der Hand, eine Situation zu verhindern, in der die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung notwendig werde. Aber so lange das nicht der Fall ist, ist es keine feste Überzeugung, daß das Volk lieber die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten in einem Augenblick der Not läßt als in den monatelangen unruhigen Verhandlungen der Parteien im Parlament ausgesetzt zu sein.

„Wenn wir den Kampf aufgenommen haben, und wenn der Reichstag aufgelöst ist, wenn der Artikel 48 angewendet wurde, dann liegt es hier ganz klar und deutlich: das ist kein Kampf gegen das Parlament, sondern das ist ein Kampf um die Rettung des Parlamentes. Denn das ist die Frage: Auf die Dauer läßt sich kein Volk in seiner Mehrheit ein parlamentarisches System gefallen, das Lebensbedingungen abhängig macht von dem Spiel der Unterhändler, auf welche Partei, auf welche Person man jeweils in einem entscheidenden Augenblick der Unpopulärität nicht vermeintbar Beschlüsse abwäulen kann.“

„Eine Regierung, die verantwortlich ist auch für diese Dinge, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon tief zugewandert und diese Wängel des Parlamentarismus aufgeworfen und das Volk zur Entscheidung aufgerufen, eine solche Regierung würde ein Volk dann langsam selbst vorarbeiten für Experimente, die ich gar nicht näher bezeichnen will, die hier und da schon tief dem vergangenen Jahre in manchen Köpfen spuken.“

Der Kanzler schloß mit der Versicherung, das Zentrum werde kein Wahlkampf führen für die Demokratie, für die Gründung der Sozialpolitik, nicht gegen die Demokratie und nicht gegen die Sozialpolitik.

## Röchling an Scholz

Einwohler nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Brüning und Dr. Scholz über einen Zusammenstoß der Deutschen Sozialpartei und der Deutschen Volkspartei jeder weitere Schritt in dieser Richtung auszuschießen geworden war, hatten die beiden Parteiführer Sozialpartei, Kommerzienrat Röchling und Landesratsabgeordneter Schmeißer mit Dr. Scholz am Freitag eine Verhandlung, in der noch einmal die Frage des Zusammenstoßes erörtert wurde. Die Verhandlung verlief völlig negativ. Röchling und Schmeißer haben unmittelbar nach der Unterbrechung einen Brief an Dr. Scholz geschrieben, in dem es heißt:

„Am Grund der letzten beiden Verhandlung scheint es uns richtig, festzustellen, daß wir einzig im Sinne und in der Idee, das deutsche Bürgerrecht in einer Partei zu sammeln. Ueber den jetzt zu gebenden Weg sind wir aber auch nach der Unterbrechung nicht ihrer Meinung. Wir möchten darauf hinweisen, daß die Erfahrungen, die wir im Saargebiet mit der Einigung der Volkspartei und der Demokraten im großen und ganzen gemacht haben, auch für die Entscheidung im Reich gelten könnten. Um jeden Fall werden wir unsere Aufgabe im Saargebiet darin sehen, die Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Richtung nicht zu erschöpfen, sondern, was an uns liegt, sie zu erleichtern.“

Was den beginnenden Wahlkampf anlangt, so wünschen wir der Deutschen Volkspartei, nachdem Sie glauben, sich heute noch nicht entschließen zu können, alles Gute. Wir glauben, werden das gleiche Ergebnis erzielt werden, wenn die Entscheidung im Reich, wenn die jetzt getrennten Parteien sich zu der Möglichkeit, daß noch zusammenfinden könnten. Zur Erreichung dieses Zieles sind wir nach wie vor bereit, unsere Dienste zur Verfügung zu stellen.“

## General Reinhardt 4

General A. D. Walther Reinhardt, der letzte preussische Kriegsmilitär und der erste Chef der Verfassung und der Reichswehr, ist in Berlin im 59. Lebensjahre gestorben. General Reinhardt war zuletzt Befehlshaber des Westkreises 5 und Oberbefehlshaber der Reichswehrgruppe 2.

## Bombenleger Bold haften lassen

Wie die „Postische Zeitung“ erfährt, ist der Hauptbeschuldigte in dem großen Bombenleger-Prozess, der am 26. August in Ulftona begonnen soll, Herbert B o l d, gefahren aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung, die unmittelbar vor dem Prozeß von der Vernehmung Bold's durchgeführt wurde, wird mit Haftentlassungsfreiheit begründet.

Es kann schon jetzt keinem Zweifel unterliegen, daß in der Bombenleger-Falle die Verbindungsstellen zwischen außerordentlich groß gewesen sind. Die Haftentlassung des Hauptangeklagten kurz vor dem Prozeß ist geeignet, die Verbindung weiterzuführen.

## Allgemeine Armut Einfuhr-Drohung / Kreditfrage

Von Dr. Franz Klein, Sanitätsrat der „Postischen Zeitung“

### Sofia, im Juli

„Sofia, im Juli“ ist Bulgarien in einer Wirtschaftskrise? Wenn ja, welcher Art ist sie? Ist sie allgemein oder eine Teilkrisis? Drei Zahlen mögen die Antwort erleichtern. Erstens: Mit einem Zinssatz von 10 v. H. hält seit einem Jahr die bulgarische Notenbank den europäischen Markt. Zweitens: Die leistungsfähigste Bilanz der bulgarischen Bankwirtschaft, von deren Geschäft und Bilanzkonto ich bereits berichtet habe, zeigt, daß es ein Kapital, also langfristige Kredite nur 6 v. H. ihrer Ausleihungen entfallen. Drittens: Im Mai 1929 betrug die Einfuhr 981 Millionen Wren, im letzten Mai 400 Millionen, also weit weniger als die Hälfte.

Und nun die Antwort: Wenn allgemeine Armut allgemeine Wirtschaftskrisis bedeutet, dann ist Bulgarien einer solchen verfallen. Aber ein Bulgarokrat gilt nicht als Arter. Armut ist ein Wirtschaftskrisis, die in allen Wirtschaftszweigen überhand nimmt und nicht nur in diesen, die Lage des Wärdens. Aber die finanzielle Wohlfahrt befindet sich auf hier: Colange keine Möglichkeit herbeizuführen, ist für größere Betriebswirtschaft und bei ungenügender Bedürfnislosigkeit der Wärdens die Betriebswirtschaft nicht eine des Bankrotts, sondern des Bankrotts, vor allem des Einfuhr-Bankrotts, später auch der heimischen Einfuhr. Und hier geht es noch, mehr als in Griechenland, denn wenn diese dort den auf rationalerer Sichtweise mehr als Bulgarien über die Existenzfragen verfügt, die die gemiddete Bankwirtschaft bietet, hat Bulgarien die starke Stille des Lebens, Ausfallgebende ist zwar gewiß das Ende der breiten Schichten mit dem Obedienten verknüpft, aber ein Bild auf die Handelsbilanz zeigt die hohe Bedeutung der anderen Ereignisse. Bei einer Gesamtausgabe von 6386 Millionen Wren entfielen im Jahre 1929 auf Zinse 2936, auf Gewinne dagegen nur 555 Millionen, und im Jahre 1928 auf Zinsen nicht weniger als 293 Millionen. Der bulgarische Zinssatz erweist sich stets nach Wärdens, so ähnlich und den französischen, wie es mit dem niedrigsten Zinssatz des Ereignisses gemittelt wird. (Nebenbei bemerkt: das Bulgarische das im Auf der Verfallung von Kaufkraft ist, daß Bulgarien so gut wie keine Ausfuhr von Lebensmitteln.) Unter dem Einfluß des Obedienten-Bankrotts greift der Bankrotts mehr um sich, als für die Wirtschaftsmitteln nicht ist.

Sollten wir also erst, was der gewaltige Rückgang der Einfuhr bezeugt, daß Bulgarien mitten in einer Wirtschaftskrisis steht, die vor allem eine der Einfuhr-Bankrotts ist, welche in ihren Wärdenslagen erkränkt. Das ist eine Reinkaufskrisis, ist ein schwacher Trost. Daneben gibt es eine Betriebskrisis, übrigens ein fähiger als Dauerzustand zu bezeichnen. Der Bulgare hat erst nach dem Kriege oder infolge seiner Kriegeserlebnisse den Sinn der Elternbild richtig erfaßt. So hier die jährliche Anzahl der Fahrgäste im Kilometer von 123 000 auf 254 000, 700 Kilometer Wren Bevölkerung im Jahr. In der Einfuhr, das ist ein Kaufkraft solcher Ausgaben wert, fehlt es nicht. Aber man erzwinge sich, daß in den 22 Jahren der Befreiung die Länge der Straßen von 2700 auf 15 000 Km. vernehmt hat, und daß über diese Länge und schnell gebauten Verbindungen drei Kriege hinweggegangen sind. Man kann mit geringer Lebenshaltung leben, daß es vom November bis in den März hinein in Bulgarien keinen Straßenverkehr gibt und in der Wärdens Zeitverkehr nur durch den Weg der Wärdens und Wärdens erkränkt. Die Verwaltung der im Jahre 1929 kommunalwirtschaftlichen Staatsbank erweist den besten Eindruck. Aber vor allem durchsetzt der Lebensmittel- und der größten Anfragen. Die eckerehendene jener drei eingangs genannten Zahlen ist nicht der Rekordhöchst der Nationalbank. Mandes Nachbarland bilde baldiger nicht zurück, wenn keine Notwendigkeit einen ersten Zinssatz und Einfuhr auf den Weltmarkt würde wie die bulgarische, die der hoch Reinkaufskrisis und Wärdens erkränkt. Die Verwaltung der Wärdens hat ein höchst modernes Bankwesen erkränkt. Die eckerehendene jener Zahlen ist der höchst geringe Anteil langfristige Kredite an den Gesamtausleihungen der Bankwirtschaft. Wieder ist der Vergleich mit Griechenland höchst aufschlußreich: Dort eine junge Bankwirtschaftslehre mit verhältnismäßig reichem Wärdens, aber ohne kreditgenossenschaftlichen Interessen. Aber in Bulgarien ein reiches Wärdens, eine alte Bank, aber kein Geld für den dringlichen Wärdens Bedarf.